

peace brigades international



Titelthema:

Nepal nach den Wahlen

Menschenrechte in der Bewährungsprobe

Schwerpunkt:

Gender Mainstreaming

„Alter Hut“ oder neue Herausforderung für die Friedensarbeit?

Liebe Leserinnen und Leser,

Nepal steht an einer historischen Zeitenwende. Im April sind mit der Wahl zur Verfassungsversammlung fast 240 Jahre Feudalherrschaft zu Ende gegangen. Die Wahl gilt als Meilenstein auf dem Weg zu einer politischen Neuordnung des Landes, das von einem jahrelangen Bürgerkrieg gezeichnet ist. Doch die Zukunft Nepals bleibt auch nach den Wahlen offen. Aufgrund der Machtkämpfe innerhalb des neuen Parlaments war es bislang nicht möglich, an der Verfassung zu arbeiten. Das Titelthema des Rundbriefes gibt einen historischen Überblick über die politische Entwicklung in Nepal und skizziert die schweren Aufgaben, die die zukünftige Regierung zu bewältigen hat. Friedensschaffende und -erhaltende Maßnahmen gehören nach wie vor zu den dringendsten Aufgaben und die ungelösten sozialen Konflikte stellen weiterhin eine ernstzunehmende Bedrohung des Friedens dar. Der Schutz von Menschen- und Minderheitsrechten sind nur Teil dieser Aufgaben. Wer hofft, die Bedrohungen würden nach den Wahlen nachlassen, sieht sich getäuscht: Erst vor kurzem gab es wieder eine Morddrohung gegen einen der Anwälte der von pbi begleiteten Organisation Advocacy Forum,

die sich für eine Dokumentation und Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen einsetzen.

Unser Schwerpunktthema „Gender Mainstreaming“ greift eine langjährige Diskussion auf. Auf den ersten Blick scheint die Genderthematik bei vielen Organisationen und in einigen gesellschaftlichen Bereichen sehr präsent zu sein. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass es, um zu einem wirklich genderbewussten und -gerechten Ansatz zu gelangen, eines langen Bewusstseinsprozesses bedarf. Dies gilt auch für die Friedens- und Menschenrechtsarbeit. Wir geben eine Einführung in das Thema und schildern die spezifische Situation von Frauen in der Friedensarbeit. Weiterhin berichten wir über die schwierige Situation von Menschenrechtsorganisationen in Guerrero, Mexiko, und haben ein Interview mit der Anwältin Liliana Uribe über die zunehmenden außergerichtlichen Hinrichtungen in Kolumbien geführt.

Wir wünschen Ihnen eine anregende und spannende Lektüre,
Ihre Redaktion

peace brigades international (pbi)

peace brigades international ist eine international tätige gewaltfreie Friedens- und Menschenrechtsorganisation. pbi wurde 1981 gegründet und hat sich seither in verschiedenen Ländern erfolgreich für den Schutz der Menschenrechte und die gewaltfreie Konfliktbearbeitung eingesetzt. International zusammengesetzte Teams von Freiwilligen begleiten einheimische MenschenrechtsverteidigerInnen und Friedenskräfte und schaffen Raum für Friedensprozesse.

Das von pbi entwickelte Konzept einer schützenden Begleitung der lokalen Zivilbevölkerung leistet dabei einen unmittelbaren Beitrag zur Gewaltprävention und trägt langfristig zur Stärkung ziviler Konfliktlösungsmöglichkeiten bei.

pbi bekennt sich zu den Grundsätzen der Gewaltfreiheit, Unabhängigkeit, Überparteilichkeit und Nichteinmischung und wird nur auf Anfrage tätig. Zur Zeit unterhält pbi Projekte in Kolumbien, Mexiko, Guatemala, Nepal und Indonesien und ist im Rahmen einer Friedenskoalition in Chiapas/Mexiko (SIPAZ) engagiert.

Titelthema	▶ 3-4
Nepal nach den Wahlen	
Kurznachrichten	▶ 5
Aktuelles aus dem Inland	
Kurznachrichten	▶ 6-7
Aktuelles aus den Projekten	
Rezension	▶ 12
Friedensarbeit mit mexikanischen Puppen	
Aktuelles	▶ 13
Die mexikanische Zivilgesellschaft in Guerrero	
Aktuelles	▶ 14
Interview mit Liliana Uribe	
Personalien	▶ 15

Schwerpunkt ▶ 8-11

Gender Mainstreaming

„Alter Hut“ oder neue Herausforderung für die Friedensarbeit?
„Gender Mainstreaming“ ist ein Thema, das zunehmend diskutiert wird. Doch was verbirgt sich dahinter und welche Rolle spielen Geschlechterfragen für die Friedensarbeit?



Titelbild: Frauen als Friedensstifterinnen: Die Frauen von OFF (Organización Femenina Popular) lassen ihre Kinder nicht in den Krieg ziehen.

Impressum

Hrsg.:

pbi Deutscher Zweig e.V.
Bahrenfelder Str. 79
D-22765 Hamburg

Redaktion: Nicole Bongard, Melanie Böckmann, Doris Erdmann, Johanna Fricke, Sabine Günther, Teresa Huhle, Felix Jaitner, Christel Köhler, Judith Kreddig, Adam Muminovic (ViSDP), Johanna Stöppler, Dr. Peter Tachau

Beiträge: Suhela Behboud, Alexander Blessing, Nicole Bongard, Johanna Fricke, Astrid Hake, Claire Hill, Felix Jaitner, Judith Kreddig, Katharina Meier, Frauke Ricking, Ute Scheub, Bishnu Prasad Sharma, Dr. Peter Tachau

Fotos: Klaus Karszat, Frauke Ricking, Claudia Müller-Hoff, Bishnu Prasad Sharma, pbi-Projekte: Kolumbien, Guatemala, Indonesien, Nepal, Privatbesitz Ute Scheub, UNIFEM Deutschland

Layout: CREALUX Kommunikationsdesign

Druck: Druckwelten GmbH, Hamburg

Nepal: Der König verlässt seinen Palast – Doch wer nimmt jetzt die Macht ein?

Die Einhaltung der Menschenrechte ist bisher nicht gewährleistet



Internationale Präsenz ist erforderlich: Eine pbi-Freiwillige und ein UN-Vertreter beobachten eine Demonstration in Kathmandu

Viele Gründe gibt es, nach Nepal zu reisen, bislang konnten die Reisenden sie leicht aufzählen. Die majestätische Himalaja-Kette zum Beispiel. Und für die, die Fremdes lieben, bietet sich der Hinduismus in einer Erscheinungsfülle, die ihresgleichen sucht: Opferriten, Götterdarstellungen, Leichenverbrennungen. Aber es gibt auch Dinge, die eine kritische, internationale Aufmerksamkeit erfordern. In den letzten fünf Jahren haben sie sich mit Macht nach vorne gedrängt. Neben den Kindern in der Teppich-Industrie und den Staudamm-Projekten ist es vor allem die maoistische Aufstandsbewegung, die innerhalb kürzester Zeit ein Potential entwickeln konnte, das die traditionsreiche Monarchie das Fürchten gelehrt hat. Und wie wir heute wissen, nicht nur das Fürchten, sondern auch die Flucht aus dem Königspalast.

pbi-Mitarbeiter Raphael Hampf in Nepal meint: „Trotz der positiven Meldungen ist es naiv zu glauben, der Konflikt sei beendet. Der eigentliche Kampf um die Macht hat erst durch den Wahlsieg der Maoisten am 10. April begonnen. Seitdem ist die Situation sehr fragil. Denn mit der Vertreibung des Königs fiel auch die das Land einende Institution des Königshauses weg, noch bevor sich die verfassunggebende Versammlung auf einen Präsidenten einigen konnte.“

Die Unwägbarkeiten für die Zukunft sind in der Tat immens. Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch und amnesty international haben sie sehr konkret formuliert. Und auch für pbi gibt es keinen Zweifel, dass unser junges Engagement in diesem Land am Rande der Welt nicht so schnell beendet werden darf. Die Gründe sind schnell aufgezählt: Ein neues Nepal, das sich aus der Monarchie und einer blutigen Spur der maoistischen Aufstandsbewegung lösen will, muss Menschenrechte ernst nehmen. Das gilt naturgemäß für alle politischen Kräfte: die alten Parteien, die verloren haben; die Maoisten, die viele Sitze in der verfas-

sunggebenden Versammlung gewonnen haben; die Armee, die gegen die Aufständischen gekämpft hat; die Polizeikräfte in den Provinzen.

Ein Versöhnungsplan sollte entworfen werden, der eine landesweite Zustimmung findet, denn nahezu alle Konfliktparteien haben gefoltert, vergewaltigt, verschleppt, getötet. Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Mit einer Wahrheits- und Versöhnungskommission, wie sie in Nepal derzeit diskutiert wird, scheint ein guter Anfang gemacht zu sein. Doch sollten dabei internationales Recht und Nepals Verpflichtungen dazu berücksichtigt werden. Das Kastenwesen und ethnische Herkunft spielen immer noch eine große Rolle. Daher muss in Zukunft noch ungleich stärker auf die Rechte der ethnischen Minderheiten Rücksicht genommen werden. Die Maoisten stehen vor einer großen Bewährungsprobe, denn ein Vergleich mit den Maoisten im Nachbarstaat China lässt nichts Gutes ahnen.

Die Reform der Sicherheitsapparate und die von den Maoisten geforderte Integration der ehemaligen Kämpfer in die nepalesische Armee sind Probleme, für die es bislang keine Lösung gibt. Allein 20.000 Ex-Kombattanten der maoistischen Guerillaarmee PLA leben seit 15 Monaten in Lagern. Die größte Herausforderung jedoch liegt zweifellos im Tiefland des Terai. Dort haben sich militante bewaffnete Gruppen formiert, meist Abspaltungen von regionalen maoistischen Unterorganisationen. Einige von ihnen schüren bewusst die Spannungen zwischen den indischstämmigen Teraibewohnern, den Madhesi, und den vor Generationen aus den Bergen zugewanderten ethnischen Gruppen, den Pahadi.

Die Frauenrechte sind ebenfalls ein dringliches Thema. Seit Jahrhunderten haben Frauen in Nepal einen niedrigen Status. Sie werden in vielen gesellschaftlichen Bereichen wie in Bildung, Beruf und Erbrecht diskriminiert und benachteiligt. Nennenswerte Rechte kannten sie bislang nicht. Von daher ist es schon ein großer Schritt, wenn von den 601 Sitzen in der verfassunggebenden Versammlung 200 von Frauen gewonnen sind.

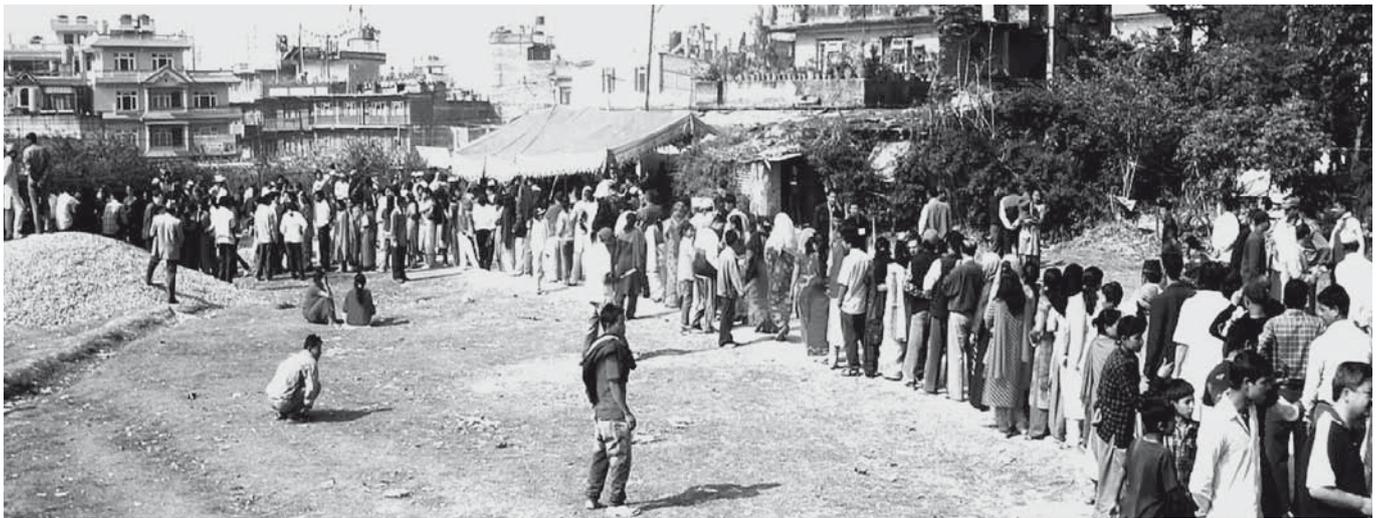
„Nepal befindet sich mitten in einer totalen Transformation!“ schreibt der aus Indien stammende pbi-Mitarbeiter Raghu Menon in Nepal.

Es gibt folglich weiterhin viele Gründe, das Land am Rand der Welt auch zukünftig schützend zu begleiten und kritisch zu beobachten. -- pbi

Peter Tachau



Wahlsieger in der Verantwortung: Nepal unter maoistischer Führung



Wahlgang im Dorf Kapan, Kathmandu

Von der Monarchie zur Republik!

Politische Entwicklungen in Nepal

Nepal – dem Westen bekannt wegen seiner sagenumwobenen Stätte Shangri La, dem Himalaya und dem Mount Everest – hat in den letzten Jahrzehnten vor allem wegen seiner schweren Konflikte internationale Berühmtheit erlangt. Wirtschaftlich schwach verfügt es doch über eine kulturelle Vielfalt und einen Reichtum an natürlichen Rohstoffen. Die Monarchen haben in Alleinherrschaft allerdings über 240 Jahre lang die Menschen dieses Landes bildlich gesprochen in einem dunklen Verlies gehalten.

1950 hatte sich zum ersten Mal eine breite Protestbewegung bilden können, um die 100 Jahre alte Familienherrschaft der Rana zu vertreiben, allerdings ohne Erfolg. Erst 1990 konnten sich die Oppositionskräfte erneut sammeln, wiederum vergeblich! Doch ein bewaffneter Widerstand hatte seinen Anfang genommen. Die militärischen Auseinandersetzungen in den folgenden Jahren kosteten 13.000 Menschen das Leben. Schließlich konnte eine vereinte Protest- und Widerstandsbewegung, zu der auch die Maoisten gehörten, im April 2006 die Herrschaft von König Gyanendra niederringen. Zuvor war die Familie seines älteren Bruders Birendra ermordet (wohl durch Mitglieder aus der königlichen Familie selber) und alle Menschenrechte außer Kraft gesetzt worden.

Zwei Jahre später, am 10. April 2008, fand die entscheidende Wahl statt – eine Wahl, die eine Vertretung aller Bevölkerungsgruppen garantiert und eine verfassungsgebende Versammlung zum Ziel hatte. Diese verfügt über insgesamt 601 Sitze – 240 Sitze repräsentieren die Regionen; 335 Sitze wurden auf die politischen Parteien verteilt. Der Ministerrat hat die verbleibenden 26 Mitglieder berufen. Aus den Wahlen am 10. April 2008 gingen die Maoisten mit 220 Sitzen klar als Sieger hervor. Auf der ersten Sitzung der verfassungsgebenden Versammlung ist die Königsherrschaft beendet worden. Nepal ist heute eine Republik.

Erst die neue Verfassung kann die Freiheit garantieren

Bislang hat die internationale Gemeinschaft den Wahlprozess und sein Ergebnis wohlwollend begleitet. Es ist zu hoffen, dass sich das während der Regierungsbildung und in der Zeit der neuen Regierung fortsetzt.

60 % der Bevölkerung haben sich an der Wahl beteiligt. Der Präsident der Maoistischen Partei, Prachanda, hat versichert, das Wahlergebnis zu respektieren und freundschaftliche Beziehungen zu den anderen Parteien in Nepal und zu anderen Staaten zu pflegen. In wieweit das verwirklicht wird, kann erst beurteilt werden, wenn der

Jubel über den Wahlsieg verfliegen ist. In der Vergangenheit haben es die Parteien am Einsatz für die Belange des Landes mangeln lassen. Parteiinteressen und die Interessen einzelner Personen standen im Mittelpunkt. So hat Nepal viel von seiner Würde und von seinen Reichtümern verloren. Diese Fehler dürfen sich nicht wiederholen, denn sie könnten Nepal erneut in die Spirale der Gewalt reißen, den Frieden gefährden und einen Scherbenhaufen zurücklassen. Umso wichtiger ist es, dass die nepalesische Bevölkerung den weiteren Demokratisierungsprozess kritisch beobachtet und begleitet, bis eine neue Verfassung verabschiedet ist und die nationale Einheit sichergestellt ist. -- **pbi**
Bishnu Prasad Sharma / Übersetzung aus dem Englischen: Peter Tachau



Bishnu Prasad Sharma ist Vorsitzender des National Media Development Center, einer Nichtregierungsorganisation, die sich für die

Stärkung der Medien im ländlichen Raum in Nepal und anderen Entwicklungsländern einsetzt. Er arbeitet zudem als Journalist zu den Themen Politik und Medien in Nepal. Davor war er im Press Council Nepal für die Pressearbeit der Regierung zuständig. Auf Einladung der Redaktion des pbi-Rundbriefes hat er diesen Beitrag verfasst.

Fotoausstellung von pbi in Neuenfelde / Hamburg



Beeindruckende Bilder in der Fotoausstellung Neuenfelde: Begleitarbeit von pbi, hier in Kolumbien

Das Alte Land bei Hamburg, südlich der Elbe, ist das größte zusammenhängende Obstanbaugebiet Deutschlands. Besonders in der Blütezeit von Apfel und Kirsche im Frühjahr kommen viele Erholungssuchende. Die Neuenfelder Kirche St. Pankratius hatte jetzt ihre Kirchentür geöffnet: Die alte Orgel konnte bewundert werden und, wer wollte, konnte auch einen Einblick in die Arbeit von

pbi erhalten. Denn eine Fotoausstellung, die sich fast über eine ganze Kirchenwand erstreckte, gab einen Überblick über die Arbeit von pbi in Guatemala, Kolumbien und Nepal. In großflächigen Bildern und kurzen Texten wurde über die politische Situation in diesen Ländern, die Menschenrechtsverletzungen und die Arbeit mit Frauen informiert. „Making Space for Peace – 25 Jahre

Erfahrungen in gewaltfreier Konfliktbearbeitung“ – das Motto von pbi war auch das Motto der Ausstellung. Vom 1. Mai bis zum 2. Juni war sie geöffnet.

Bei Interesse kommt die Fotoausstellung auch zu Ihnen in die Gemeinde, ins Kulturzentrum, in die Schule oder in andere geeignete Räume. Ein Anruf im Hamburger Büro genügt (040 – 380 69 03).

Seminare mit pbi: Anti-Bias

„Bias“, aus dem Englischen, bedeutet Voreingenommenheit, Schiefelage oder Vorurteil. Da diese Dinge, oft unbewusst, unseren Umgang mit persönlichen Merkmalen wie Geschlecht, Alter, Herkunft sozialer Schicht oder sexueller Orientierung prägen, ist es immer wieder angebracht, Gegenstrategien zu entwickeln. So haben 14 TeilnehmerInnen im Rahmen eines Seminars vom 15. – 17.2.2008 dazu in Leipzig gearbeitet. Wo können in unserer Gesellschaft und bei uns selbst Diskriminierung und Rassismus gefunden werden, wie können sie bewusst gemacht werden, und was wäre dagegen zu tun? Jan Sellmann (pbi-Leipzig) lobte

besonders den geschützten Raum, den das Seminar bot, um auch persönliche Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus anzusprechen und die eigene Machtposition innerhalb einer Gruppe zu analysieren. Der im Seminar praktizierte „Anti-Bias“-Ansatz will eben dies: Mechanismen von Diskriminierung aufdecken, Machtstrukturen sichtbar machen, vorurteilsfreies Verhalten ermöglichen und eine Perspektive für eine gerechte Gesellschaft entwickeln. Es leuchtet unmittelbar ein, dass dieser Ansatz für die Friedensarbeit ebenso wichtig ist wie für den Berufsalltag und das Privatleben.



Anti-Bias-Trainerin Patricia Göthe beim Seminar in Leipzig

Seminare mit pbi: Advocacy – Interessenvertretung für die Menschenrechte

Schutzbegleitung und Menschenrechtsbeobachtung sind ohne die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft kaum durchführbar. pbi hat daher ein weltweites Netz aus Institutionen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aufgebaut. Es wird kontinuierlich über die Situation in den Projektländern informiert und auf besondere Entwicklungen und Anliegen der begleiteten Organisationen aufmerksam gemacht. In Deutschland gehören dem

Netz u.a. 50 Bundestagsabgeordnete und drei BischöfInnen an.

Advocacy zielt darauf ab, Haltungen, Positionen und politisches Handeln in der Gesellschaft zu verändern. Im Vordergrund der Arbeit von pbi stehen dabei die Bedürfnisse und Anliegen von benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Auf dem Workshop vom 23. – 24.2.2008 in Berlin wurden 20 pbi-Aktive in diese Arbeit eingeführt. Welche Institutionen und Persönlichkeiten

gibt es, die für unsere Arbeit wichtig sind? Welches sind die wichtigsten Formen von Advocacy? Wie muss ein Vertreter oder eine Vertreterin von pbi gegenüber (politischen) Entscheidungsträgern auftreten? Das waren die Leitfragen, die dann auch in Rollenspielen ausprobiert wurden. Die TeilnehmerInnen wurden ermutigt, das Erlernte auf der politischen und kommunalen Ebene in die Praxis umzusetzen.

Mexiko

Politische Situation

- Die internationale Organisation Human Rights Watch veröffentlichte ihre Kritik an der mexikanischen Menschenrechtsorganisation CNDH. Die Kritik bezieht sich auf die Untätigkeit der CNDH bei der Wiedergutmachung begangener staatlicher Übergriffe und bei notwendigen Reformen, Menschenrechtsverletzungen in Zukunft zu verhindern. – Louise Arbor, UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, hat Mexiko im Februar besucht. Präsident Felipe Calderón rechtfertigt weiterhin den Einsatz der Streitkräfte im Bereich der öffentlichen Sicherheit und im Kampf gegen die Drogenkriminalität.

Begleitungen

- Schwerpunkt der Arbeit ist die Begleitung der indigenen Gemeinden im Bezirk Ayut-

la und der Angehörigen der Verschwundenen in Guerrero.

Team-Situation

- Aus Deutschland arbeiten derzeit Françoise Greve, Mike Müller und Heike Böttcher im Projekt.

Advocacy / Öffentlichkeitsarbeit

- Am 28. April fand ein Forum über die Anforderungen und Möglichkeiten internationaler Begleitarbeit in Mexiko-Stadt statt. pbi hat mit anderen internationalen und mexikanischen Organisationen daran teilgenommen. Die Situation in Oaxaca erfordert zunehmend internationale Schutzmechanismen.

- Zwischen April und Juli 2008 haben zwei Mitglieder des Comité Cerezo eine Euro-

pareise unternommen, um über die Kriminalisierung von sozialen Bewegungen in Mexiko und die Situation der politischen Gefangenen zu berichten. Das Comité Cerezo wird von pbi seit 2002 begleitet.



Das Comité Cerezo demonstriert für die Freilassung ihrer inhaftierten Mitglieder in Mexiko-Stadt

Nepal

Politische Situation

- Am 10. April fanden die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung statt. Die Wahlkommission berichtete von nur wenigen gewaltsamen Zwischenfällen. Sieger war die Kommunistische Partei Nepals – Maoisten (CPN-M). Sie erreichte jedoch keine absolute Mehrheit. – Eine Woche nach der Wahl gingen die Proteste tibetischer Flüchtlinge in Kathmandu weiter. Amnesty International und Human Rights Watch berichteten, die nepalesische Polizei habe mehr als 1500 Tibeter und Tibeterinnen festgenommen. Die beiden Organisationen

äußerten zudem Besorgnis über vermehrte Vorfälle sexueller und anderer Gewalt durch die Polizei.

Begleitungen

- In zweiwöchigem Rhythmus begleitet pbi seit Ende Februar die Organisation Advocacy Forum (AF) bei deren Besuchen in Gefangenenlagern in Kathmandu und anderen Regionen des Landes. AF dokumentiert und wendet sich gegen Folter, illegale Verhaftungen und den fehlenden Zugang der Gefangenen zu juristischer und medizinischer Hilfe. Derzeit wird die Arbeit von AF durch

eine Morddrohung gegen ihren Mitarbeiter Sushil Kumar Lakhe stark behindert.

Advocacy / Öffentlichkeitsarbeit

- Am 30. März kamen Angehörige des Entwicklungsausschusses des Deutschen Bundestages nach Nepal. An den Sitzungen des Runden Tisches zum Thema Menschenrechte nahm pbi teil. Unter anderem ging es um die Frage, wie umfassender Schutz für nepalesische MenschenrechtsverteidigerInnen durch die internationale Gemeinschaft gewährleistet werden kann.

Indonesien

Politische Situation

- Wegen der Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln und Treibstoff kam es in Jakarta zu zahlreichen Demonstrationen. Sie beeinflussen das politische Klima. In größeren Städten in Papua fanden wegen der schleppenden Umsetzung des Autonomiestatus Demonstrationen statt. Etliche Studierende wurden verhaftet.

- Im Falle des Giftmordes am Menschenrechtler Munir Thalib (s. RB 01/08) wurde Muchdi Purwopranjono, ein ehemaliger Armee-General, verhaftet und soll wegen vorsätzlichen Mordes angeklagt werden. Die Verhaftung gilt als Sensation, da Indonesiens aktive und pensionierte Generäle trotz Demokratisierung weiterhin mächtig sind und bislang als weitgehend unantastbar galten.

Begleitungen

- Pastor John Djonga wurde im Januar mehrmals von pbi begleitet. Er und seine katholische Gemeinde wurden immer wieder von einer Spezialtruppe der Armee eingeschüchert. Ende März wurde auf einer Konferenz in Biak (Provinz Papua) das Fo-



pbi-Freiwillige bei Gesprächen mit der Bezirksleitung in Biak, Wamena

rum BUK – Gemeinsam für Gerechtigkeit gegründet. Es setzt sich zusammen aus mehreren Interessengruppen verschiedener Opfer von Menschenrechtsverletzungen. pbi hat Teilnehmer und Teilnehmerinnen während der Konferenz begleitet. BUK hat es sich zur Aufgabe gemacht, die gerichtliche Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen zu koordinieren.

Team-Situation

- pbi verlässt nach über sieben Jahren die Provinz Aceh. Die Ausbildung von MultiplikatorInnen im Rahmen der Friedenserziehung war erfolgreich und die Arbeit wurde an lokale Menschenrechtsorganisationen übertragen. Mit dem bislang umfangreichsten Workshop zur Friedenserziehung schlossen die Freiwilligen ihre Arbeit in Aceh ab.

Guatemala

Politische Situation

• Seit dem 17. April finden in Guatemala erstmals Anhörungen im Prozess gegen fünf ehemalige Funktionäre des Staates und des Militärs wegen Völkermord, Folter und Staatsterrorismus statt. Spanien hat diesen Prozess eingeleitet. Erstmals werden damit in einem öffentlichen Gerichtsverfahren ZeugInnen zu den Massakern vernommen, die während des Bürgerkrieges Anfang der 80er Jahre verübt wurden. Im Mai erhielt Richter Cojulum, der die Aussagen aufgenommen hatte, Todesdrohungen.

• Im Mai ist das Gesetz gegen Femizid und Gewalt gegen Frauen in Kraft getreten, mit dem sich der Staat verpflichtet, geeignete Maßnahmen gegen die Unterdrückung von Frauen zu ergreifen. Frauenorganisationen begrüßten das Gesetz, erinnerten aber auch daran, dass viel von der Umsetzung und Anwendung des Gesetzes abhängt.

Begleitungen

• pbi unternahm Anfang April eine Forschungsreise in die Dörfer im Department Izabal, in denen sich seit Anfang Februar



Unermüdlich im Einsatz für den Frieden: der 127 km lange Marsch der Bauernvereinigung CUC

die Probleme der Landrechtsfragen zuspitzen. Das Komitee der Bauernvereinigung CUC unternahm in diesem Zusammenhang einen vier Tage langen Demonstrationmarsch, der von pbi begleitet wurde.

• pbi begleitet seit Mitte Mai die Beratungsstelle für Projekte (PCS) zu dem Prozess

von Juana Mendez, die 2005 im Gefängnis von Polizisten vergewaltigt und gefoltert worden ist. Trotz vieler früherer Anzeigen war dies der erste Prozess dieser Art gegen Gefängnispersonal, der mit einer Verurteilung von zwei Polizisten zu jeweils 20 Jahren endete.

Team-Situation

• Das Team besteht momentan aus elf Freiwilligen, von denen drei aus Deutschland stammen. Die Deutsche Silvia Weber ist im Mai 2008 nach Guatemala ausgereist.

Advocacy / Öffentlichkeitsarbeit

• pbi hat der UN-Sonderbeauftragten für Menschenrechtsverteidiger, Hina Jilani, am 19. Februar einen Bericht zur Situation von MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala übergeben. Hina Jilani hat bei einer Pressekonferenz am darauffolgenden Tag von einer Zunahme der Bedrohungen und Attacken gegen MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala berichtet. Dies bestätigte den Eindruck des pbi-Teams in Guatemala.

Kolumbien

Politische Situation

• Am 22. April wurde Mario Uribe, der Vetter des Präsidenten Álvaro Uribe, verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, in die Verbrechen der Paramilitärs verstrickt zu sein und die paramilitärischen Strukturen benutzt zu haben, um unter Gewaltanwendung Wählerstimmen zu bekommen. Hauptzeugen sind dabei zwei Paramilitär-Kommandanten. Durch die Verhaftung gerät auch der Präsident selbst unter Druck, da die politischen Werdegänge der beiden Vettern stark miteinander verknüpft sind.

Begleitungen

• Am 23. April wurden drei Mitglieder der Asociación Campesina del Valle del rio Cimitarra (ACVC) aus der Haft entlassen, doch trotz ihrer Freilassung ist ihr Schutzbedarf weiterhin hoch. Die Bauernorganisation ACVC wird seit November 2007 von pbi begleitet. Im September 2007 wurden vier Angehörige des Vorstands der ACVC festgenommen. Im Januar 2008 wurden zwei weitere Mitglieder verhaftet, denen Rebellion vorgeworfen wurde. Zur Zeit befinden sich noch drei Vertreter der Organisation im Gefängnis, gegen fünf weitere Mitglieder liegen Haftbefehle vor.



Auch so kann Begleitarbeit aussehen: pbi-Freiwillige Katharina Meier mit Mitgliedern der Frauenorganisation OFP, Barrancabermeja 2006

Team-Situation

• Zur Zeit werden alle Projekte von unabhängigen Fachleuten evaluiert. Die Projektaktivitäten und ihre Wirkungen auf die Konfliktregion sollen bewertet werden. Die Ergebnisse werden auf der pbi-Generalversammlung, die im November in Deutschland stattfindet, vorgebracht. Sie dienen als Entscheidungsgrundlage für die Verlängerung der jeweiligen Ländermandate und zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Projekten.

• Im Kolumbien-Team ist die Situation nach wie vor stabil. Die Begleitarbeit kann ausgebaut werden. Derzeit befindet sich die ZFD-Freiwillige Deborah Landau auf einem

dreimonatigen Aufenthalt in Argentinien und versucht dort, eine Ländergruppe von pbi aufzubauen.

Advocacy / Öffentlichkeitsarbeit

• Im April war Liliana Uribe vom Anwaltskollektiv Corporación Jurídica Libertrada (CJL) aus Medellín zu Lobbygesprächen in Deutschland. In Kolumbien begleitet pbi dieses Kollektiv. In Deutschland traf sich Liliana Uribe mit Vertretern des Auswärtigen Amtes, Abgeordneten und Anwälten, um über das Problem der außergerichtlichen Hinrichtungen zu sprechen.

Gender Mainstreaming

„Alter Hut“ oder neue Herausforderung für die Friedensarbeit?

Gender Mainstreaming“ ist ein Thema, das zunehmend diskutiert wird. Doch was verbirgt sich dahinter und welche Rolle spielen Geschlechterfragen für die Friedensarbeit? Der nachfolgende Text und das Interview auf S. 9 geben eine kurze Einführung in die Thematik und stellen die Arbeit von pbi zu „Gender Mainstreaming“ vor. Der anschließende Gastbeitrag von Ute Scheub auf S. 10-11 beschreibt die spezifische Rolle von Frauen in der Friedens- und Versöhnungsarbeit.

„Gender Mainstreaming“, was soviel wie „Gleichstellungspolitik“ bedeutet, ist eine Methode, mit der Geschlechterrollen und Geschlechterungerechtigkeiten erkannt und verändert werden sollen. Der Begriff wurde 1984 auf der 3. UN-Weltfrauenkonferenz in Nairobi das erste Mal diskutiert und ist inzwischen, zumindest für die Länder der Europäischen Union, durch den Amsterdamer Vertrag von 1997 rechtsverbindlich geworden. Gendersensibles Handeln beinhaltet eine konstruktive (Selbst-)Reflexion und einen Austausch über traditions- und kulturbedingte Weiblichkeits- und Männlichkeitsbilder sowie Stereotypen von Geschlechterrollen und Rassismen.

Bewaffnete Konflikte haben für Frauen und Männer überall verheerende Auswirkungen. Allerdings sind Frauen in immer stärker werdendem Maß von Kriegen betroffen. Im Laufe der letzten Jahrhunderte ist die Zahl der zivilen Opfer dramatisch gestiegen. Waren es im 1. Weltkrieg noch 10 % aller Toten, so sind es in den modernen Konflikten über 80 %. In der Mehrzahl sind es Frauen und Kinder.

Physische und sexualisierte Gewalt nehmen in Krisengebieten drastisch zu. (Massen)Vergewaltigungen sind zu Kriegsstrategien geworden und haben häufig ungewollte Schwangerschaften zur Folge. Die Zunahme von Prostitution in Konfliktgebieten ist allgemein bekannt. Frauen sind aber nicht nur Opfer. Sie nehmen auch aktiv an den Kriegshandlungen teil, kämpfen in der Armee oder in der Guerilla. Es geschieht immer wieder, dass sie als Überlebensstrategie sexuelle Beziehungen mit Kämpfern der gegnerischen Seite eingehen, um damit ihr eigenes Leben oder das ihrer Kinder zu retten. Häufig werden diese Frauen in der Folge diskriminiert und aus der Gemeinschaft ausgestoßen. All dies ist bekannt, wird aber von humanitären und internationalen Organisationen bislang viel zu wenig berücksichtigt.

pbi und die Gender-Thematik

Um den unterschiedlichen Bedürfnissen, die aufgrund der Geschlechterrollen aufkommen, gerecht zu werden, beschäftigt sich pbi seit einigen Jahren verstärkt mit dem Thema „Gender“. Gerade für die Arbeit in Konfliktgebieten ist ein gendersensibler Ansatz äußerst wichtig. In Konflikt- und Krisensituationen sind Frauen und Männer durch ihre Geschlechterrollen unterschiedlich betroffen und entwickeln

somit auch eigene Schutzmechanismen. pbi entwickelt deshalb beispielsweise Trainingseinheiten, die sich speziell an weibliche Menschenrechtsverteidigerinnen richten. In der Konfliktanalyse ist es wichtig, genderspezifische Fragestellungen einzubeziehen. Die gemachten Erfahrungen und die entwickelten Methoden sollen dann entsprechend dokumentiert werden, damit sie an die zukünftigen Friedensfachkräfte weitergegeben werden können.

Im Jahr 2007 wurde mit finanzieller Hilfe des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) das Gender-Mainstreaming-Projekt gestartet. Ziel dieses Projektes ist es, in allen Bereichen bei pbi das Rollenbewusstsein von Mann und Frau zu stärken, um geschlechtsbezogene Diskriminierungen und Stereotype zu überwinden und Chancengleichheit zu garantieren. Das soll in den Freiwilligenteams ebenso wie in den deutschen Arbeitsgruppen geschehen. Denn nur wenn die Freiwilligen über die jeweiligen Rollen von Mann und Frau im Einsatzland informiert sind, können sie gendersensibel handeln. -- pbi

Nicole Bongard / Suhela Behboud



Frauen haben spezifische Sicherheitsbedarfe: Workshop Zivile Konfliktbearbeitung in Aceh, Indonesien

Neue UN-Resolution gegen sexuelle Gewalt

Der UN-Sicherheitsrat hat ein Ende der sexuellen Gewalt gegen Frauen und Männer bei bewaffneten Konflikten gefordert. Im Juni wurde in New York einstimmig die Resolution 1820 verabschiedet, in der alle Kriegsparteien aufgefordert werden „sofort jegliche Form von sexueller Gewalt gegen Zivilisten einzustellen und Maßnahmen zum Schutz zu ergreifen.“ Vergewaltigungen und andere Formen sexueller Gewalt können damit als Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit geahndet werden.

Tradierte Rollen hinterfragen

Ein Gespräch mit Katharina Meier



*pbi-Genderbeauftragte
Katharina Meier*

KATHARINA MEIER hat 18 Monate im Kolumbienprojekt gearbeitet und ist jetzt Genderbeauftragte bei pbi-Deutschland. pbi-Mitarbeiter FELIX JAITNER hat mit ihr gesprochen.

pbi-Rundbrief: Bis heute ist die mangelnde Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen weltweit ein Problem. Immer wieder fällt in diesem Zusammenhang der Begriff „Gender“. Was bedeutet er?

Katharina Meier: Der Begriff „Gender“ bezieht sich auf beide Geschlechter in gleichem Maße. Es handelt sich um die Auseinandersetzung mit gesellschaftlich überlieferten Verhaltensweisen von Frauen und Männern im privaten und im beruflichen Leben. Dies beinhaltet nicht nur die sozio-politische Herkunft von Frauen und Männern, sondern auch deren kulturelle Herkunft. Der Genderansatz bezieht beide Geschlechter in die Verantwortung ein und verleiht ihnen eine aktive Rolle.

Anfang 2007 startete pbi mit Hilfe des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) das Projekt „Gender Mainstreaming“. Wie kam es dazu, und was sind seine Ziele?

pbi versteht Gewaltlosigkeit nicht nur als Prozess, um direkte Gewalt zu beenden, sondern auch wesentlich als Prozess, die ungleichen Machtverhältnisse zu hinterfragen, die durch ethnische Herkunft, Gender-Identität und -Verhalten, Geschlecht, sexuelle Ausrichtung, Religion, Nationalität, Fähigkeiten und Klasse entstehen. In diesem Zusammenhang ist das Thema Gender ein wichtiger Bestandteil der Arbeit von pbi. Das Thema ist für pbi nicht neu, da in den vergangenen Jahren vielfältige Initiativen und Mechanismen entwickelt wurden, um die Gleichstellung der Geschlechter in der Arbeit zu berücksichtigen. Aber pbi hat bis jetzt keine umfassend aktive Genderpolitik verfolgt. Der Gender-Ansatz soll durch das Projekt stärker in allen Ebenen der Organisation verankert werden.

pbi muss noch stärker darauf achten, wie sich die Gleichstellung der Geschlechter auf die Begleitarbeit im Projektland auswirkt. Die Geschlechterfrage beeinflusst zum Beispiel die Beziehung zu den Begleiteten, etwa in der Frage, ob Frauen eher als Vertrauenspersonen wahrgenommen werden oder nicht. Das wäre im Rahmen des Gender Mainstreaming zu klären.

Wieweit bemüht sich pbi darum, die Gesellschaft des Gastlandes ebenso wie die Projektpartner in dieser Frage zu sensibilisieren?

Das Projekt ist noch nicht in dem Maße ausgereift, dass wir schon von einer Sensibilisierung der Projektpartner durch pbi sprechen könnten. Doch pbi hat den Anspruch, mit seiner Arbeit die Gleichstellung der Geschlechter zu befördern und geschlechtsbezogene Diskriminierungen zu überwinden.

Aber widerspricht die Betonung der Genderproblematik für das Gastland nicht dem Prinzip der Nichteinmischung?

Ein pbi-Ansatz der Geschlechtergerechtigkeit birgt das Problem, dass er mit den traditionellen Verhaltensweisen in der Kultur des Projektlandes nicht immer übereinstimmt oder ihm sogar entgegensteht. Mit diesem Problem sieht sich beispielsweise das Indonesien-Projekt konfrontiert. In dem vorrangig muslimischen Land gilt in der Provinz Aceh, im Norden Sumatras, das Gesetz der Scharia. Dort können Frauen durch die Scharia körperlich bestraft werden. Begleitete lokale Organisationen unterstützten das Gesetz der Scharia als ihrer Kultur und Religion zugehörig. Das Prinzip der Nichteinmischung steht hier dem Prinzip der Gewaltlosigkeit entgegen, denn eines der beiden Prinzipien wird auf jeden Fall verletzt. Unserer Einschätzung nach wird es hier ein Umdenken geben und pbi-Indonesien wird sich in solch einem Fall positionieren müssen.

Welche Erfolge gibt es bisher?

pbi-Deutschland hat im letzten Jahr beispielsweise ein Gender-Weiterbildungsseminar angeboten. Genderaspekte werden in die Vorbereitung der Freiwilligen auf ihre Ausreise einbezogen. Auf internationaler Ebene arbeitet pbi an einer Gender-Richtlinie, die dieses Jahr verabschiedet werden soll. Und als nächstes tragen wir das Thema in die regionalen Arbeitsgruppen.



Frauen als Vermittlerinnen: pbi-Freiwillige im Gespräch mit regionalen indonesischen Militärs



Farbenprächtig: Friedensveranstaltung von Frauen in San Cristobal de las Casas, Mexiko

Frauen als Friedenstifterinnen

Frauen verhandeln anders

In der Friedens- und Versöhnungsarbeit sind weltweit überwiegend Frauen engagiert. Die Unifem-Studie „Women, War and Peace“ von 2002 nennt viele bei uns kaum bekannte Initiativen.* Zum Beispiel den Jerusalem Link im Nahen Osten oder das Mano River Union Women´s Network for Peace in Guinea, Liberia und Sierra Leone. Warum ist das so, weshalb sind hier mehr Frauen als Männer aktiv und weswegen sind ihre Initiativen dennoch so unbekannt?

Frauen sind gewiss nicht die besseren oder friedlicheren Menschen. Nach aktuellen Studien haben sie dasselbe aggressive Potenzial wie Männer. Aber sie agieren in anderen sozialen Rollen. Weil sie physisch schwächer sind als Männer, setzen sie viel eher auf Verhandlungslösungen.

Frauen haben fast überall einen gesellschaftlichen Minderstatus. Das führt zwar dazu, dass ihre Arbeit, auch ihre Friedensarbeit, weniger anerkannt wird. Aber sie lernen von Kindesbeinen an, weniger auf Status und Macht zu setzen. Die meisten bewaffneten Konflikte sind auch Statuskämpfe unter Männern.

Die Nationalstaaten entstanden durch das Militär, das fast überall rein männlich ist. Frauen haben dadurch mehr Abstand zu Militär, Rüstung und Kriegseinsätzen. In Umfragen stehen Frauen überall Kampfeinsätzen ihres Landes kritischer gegenüber als Männer.

Frauen kommt fast überall die Rolle zu, für Kinder und Alte und das Überleben der Familie zu sorgen. Im Krieg haben sie nichts zu gewinnen (so wie die Männer: Orden, Land, Frauen...) und umso mehr zu verlieren.

In Kriegen sind weibliche Körper ein zweites Schlachtfeld. Frauen werden gezielt vergewaltigt und danach oft aus der Gesellschaft ausgestoßen. Schon aus Eigeninteresse wollen Frauen dem entgegenwirken.

Oft nutzen Frauen geschickt ihren gesellschaftlichen Minderstatus. In den 80er Jahren, als der politische Kontakt zwischen Israelis und Palästinensern verboten war, trafen sich Palästinenserinnen und Israelinnen in Jerusalem. Sie wurden nicht verhaftet, sie waren ja „nur Frauen“. Immer wieder traten die Frauen des Jerusalem Link mit Vorschlägen zur Konfliktlösung an die Öffentlichkeit. Die Friedensverhandlungen in den 90er Jahren in Oslo sind, glauben sie, auch deshalb gescheitert, weil Frauen davon ausgeschlossen waren.

Die gesellschaftliche Rolle von Frauen in der Friedensarbeit

In fast allen Gesellschaften haben Mütter ein recht hohes Ansehen, und Friedensfrauen wissen das zu nutzen. Viele Frauenorganisationen arbeiten als Mütter- oder Witweninitiativen und betonen ihre moralische Autorität als Mütter. Ein Beispiel: Die Vereinigung der russischen Soldatenmütter, die



Frauen nehmen eine wichtige Rolle in Friedensverhandlungen ein: Konferenzen im Kongo und in Burundi

Widerstand gegen den Krieg in Tschetschenien leistet, hat sich „Demilitarisierung des gesellschaftlichen Bewusstseins“ und „Verteidigung der Zivilgesellschaft“ durch Bildung vorgenommen.

Die US-Friedensforscherin Mary Caprioli hat die Außenpolitik von 159 Staaten von 1960-1992 untersucht. Dabei hat sie festgestellt, dass Staaten zu friedlicher Außenpolitik neigten, wenn in ihren Parlamenten viele Frauen waren, wenn diese schon lange das Wahlrecht hatten, wenn ein hoher Prozentsatz von Frauen bezahlt arbeitete, wenn ihre Geburtenrate niedrig lag. Die inneren Normen eines Staates bilden sich in seiner Außenpolitik ab.

„Die extreme Gewalt, die Frauen in Konflikten erleiden“, so die Unifem-Studie, „resultiert nicht nur aus den Kriegsbedingungen; sie ist direkt mit der häuslichen Gewalt in Friedenszeiten verknüpft. Frauen erleben Gewalt, weil sie Frauen sind und weil sie nicht dieselben Rechte oder die Unabhängigkeit der Männer haben.“ Diese Form von Gewalt sei eine „akzeptierte Norm“, die durch Militarisierung und Zugang zu Waffen „neue Ebenen der Brutalität und auch der Straffreiheit“ erreicht.

„Ich bin so gestresst durch den Krieg“, sagte ein mazedonischer Mann den Autorinnen. „Es ist unvermeidbar, dass ich meine Frau schlage.“ Viele Ex-Soldaten haben Probleme, ins zivile Leben zurückzukehren. Innerhalb von sechs Wochen haben vier Kämpfer einer US-Spezialeinheit nach ihrer Rückkehr aus Afghanistan ihre Frauen getötet. Auch in Deutschland stiegen nach dem Zweiten Weltkrieg die innerfamiliäre Gewaltrate und die Selbstmordrate steil an.

Wenn Frauen in Friedensverhandlungen beteiligt waren, so ist in „Women, War, and Peace“ nachzulesen, wurden die Ergebnisse dauerhafter. Die Verhandlungsparteien waren zufriedener. Frauen bestehen eher auf zivilen Konfliktlösungen. Im Jahr 2000 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1325. Darin wird die gleichberechtigte Einbeziehung von Frauen auf allen Ebenen von Friedensprozessen, die Einsetzung von Gender-BeraterInnen bei Friedensmissionen und die massive Erhöhung des Frauenanteils auf UN-Führungspositionen gefordert. Dennoch werden Frauen weiter aus der Außen- und Sicherheitspolitik, aus Friedensverhandlungen und -truppen herausgehalten. 2005 standen in 27 Staaten UN-Friedenstruppen, aber nur in drei verfügten sie über Gender-BeraterInnen. Nur 4 % der eingesetzten UN-Polizeikräfte und 3 % der UN-Militärs waren Frauen. Die Friedenstruppen „können ein Teil des Problems statt ein Teil der Lösung werden“, schreiben die Unifem-Autorinnen. Wo Blauhelme stationiert

wurden, stieg die Nachfrage nach käuflichem Sex. Selbst in UN-Flüchtlingslagern sind Frauen nicht sicher, weil es kaum weibliches Personal gibt. In Guinea, Liberia und Sierra Leone waren 13- bis 18-jährige Mädchen gezwungen, ihren Körper an UN-Soldaten zu verkaufen, um an Essen, Medizin oder Trainingskurse zu kommen.

„Wenn Frauen sicher sind,
dann sind es auch die Nationen.“

Wir brauchen einen neuen Sicherheitsbegriff, der nicht von den Interessen der Nationen und ihrer Machthaber ausgeht, sondern von jedem einzelnen Menschen. Erst wenn alle Menschen und besonders Frauen sich außerhalb und innerhalb des eigenen Hauses sicher fühlen können, gibt es Sicherheit, die ihren Namen verdient. Die Autorinnen von „Women, War and Peace“ formulieren es so: „Wenn Frauen sicher sind, dann sind es auch die Nationen.“

Die UN-Entwicklungsorganisation UNDP hat deshalb das Konzept der „menschlichen Sicherheit“ entwickelt, auf das sich inzwischen mehrere Staaten berufen. Allerdings fehlt darin die für Frauen wichtige innerhäusliche Sicherheit. Auch der deutsche Frauensicherheitsrat geht vom Konzept der „menschlichen Sicherheit“ aus. Das ist ein Netz von etwa 50 Friedensforscherinnen, Friedensaktivistinnen und Frauen aus politischen Stiftungen. Es ist in einen Dialog mit Regierungsbehörden eingetreten, damit die UNO-Resolution 1325 endlich umgesetzt wird. -- p*i*

*Unifem ist der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen. Er stellt technische und finanzielle Mittel für innovative Frauenprojekte zur Verfügung (Anm. d. R.).



Ute Scheub ist freie Autorin in Berlin, Mitbegründerin des Frauensicherheitsrats (www.frauensicherheitsrat.de), westeuropäische Koordinatorin der 1000 Friedensfrauen weltweit (www.1000peacewomen.org).

In „Friedenstreiberinnen – Elf Mutmach-Geschichten aus einer weltweiten Bewegung“, erschienen 2004 im Psychosozial-Verlag Gießen, porträtiert sie einige dieser Frauen, u. a. Christiane Schwarz, die für pbi in Kolumbien arbeitet.

„Weil Streit und Gewalt traurig machen...“

Friedensarbeit mit mexikanischen Puppen



Heike Kammer und ihre mexikanischen Puppen in der Grundschule Wienbrede in Werne

Schneller, als sich ein Cappuccino im Café an der Straße trinken lässt, ist erzählt, was Heike Kammer wohl schon hundert Mal erzählt und gespielt hat. Es ist die Geschichte von Rodolfo und Mateo, deren Namen ihre Herkunft aus dem spanischsprachigen Amerika verrät. Die Geschichte bleibt natürlich die gleiche. Da sind zwei Kaninchen, befreundet seit langem, die ein gemeinsames Feld beackern. Doch die Karottenernte entzweit sie. Jeder will alles für sich haben und allein fressen. Es kommt zum Streit, zur Prügelei, Rodolfo wird halbtot geschlagen und flieht. Doch nun ist Mateo einsam und traurig. Zu allem Unglück nutzen auch noch die Ratten die Situation schändlich aus und machen sich über die Ernte her.

Der Schluss bleibt offen und Kinder und Erwachsene dichten weiter. So soll es sein, und so hat es sich Heike Kammer immer schon vorgestellt. Mit Puppen und einer Puppenbühne arbeitet sie seit einiger Zeit – erst in Mexiko und jetzt auch in Deutschland. Die Jungen und Mädchen strömen zu ihren Vorstellungen. Auch die Großen, die zuhören, lernen ganz unbewusst das Reden und Diskutieren über die Probleme im Dorf, die alle bewegen.

Seit 21 Jahren schon arbeitet Heike Kammer (47) für pbi: in Mexiko, in Kolumbien, in Deutschland. Für ihre Friedensarbeit

hat sie den Menschenrechtspreis der Stadt Weimar erhalten. Und dann kam das Puppentheater. Es ist seit sechs Jahren ihre Lieblingsbeschäftigung geworden. Sie kann damit Kinder, Jugendliche und Erwachsene erreichen, sie zum Sprechen bringen und wohl auch dazu, Gewalt und Konflikt zu benennen und zu überwinden.

Mit dem Puppentheater hat Heike Kammer im wahrsten Sinne des Wortes spielerisch einen Weg gefunden, auf dem ihr viele fasziniert folgen – und von dem sie selber begeistert ist. Jetzt ist ein Buch von ihr erschienen, das einige Stationen aus ihrem Leben nachzeichnet und anschaulich schildert, wie sie das Theater mit den Puppen in Mexiko entdeckt hat.

Wenn sie ihren Cappuccino trinkt und dabei von ihrer Arbeit erzählt, leuchten ihre schwarzen Augen. Auf die Frage, was sie denn mit ihrem Buch erreichen wolle, in dem doch so viel auch von den großen und kleinen Problemen ihres Lebens zu lesen sei, schaut sie erstaunt auf. Sie sagt klar und bestimmt: „Ich will mit allem eigentlich nur deutlich machen, dass Streit und Gewalt traurig machen.“ Und sie lacht den Fragenden an, als hätte sie selbst das nie erlebt. -- **pbi** Peter Tachau

Heike Kammer

„Lasst Puppen sprechen!“

Friedensarbeit mit den Mitteln der Theaterpädagogik – Mexikanische Puppen reisen um die Welt

Hrsg.: pbi-Deutscher Zweig, 2007;
96 Seiten; 8,00 €; ISBN 987-3-00-022826-1;
zu beziehen im pbi-Büro Hamburg.

Heike Kammer auf Lesereise:

3.9.08 Kirchengemeinde Iserbrook, Hamburg

8.9.08 DRK Wedel, Hamburg

10.9.08 Weltladen Lippstadt

Puppentheater mit Heike Kammer:

17.8.08 Global Pass Fest Hamburg

31.8.08 Kinderfest von terres des hommes, Hamburg

13.-14.9.08 Festival der Kulturen, Hamburg

20.9.08 Kinderfest zum Weltkindertag, Bonn

Weitere Termine auf Anfrage.



**Bücher-
Ecke**

**Alle Bücher sind
über die Geschäftsstelle
in Hamburg zu beziehen.**

„Menschenrechtsverteidiger im Bundesstaat Guerero – Widerstand und Initiativen der mexikanischen Zivilgesellschaft zur Verteidigung und Förderung der Grundrechte in Mexiko“. Hrsg. pbi-Mexiko-Projekt, 2007, 120 S.. Deutsche, englische und spanische Fassung, Schutzgebühr 5 €.

„Konflikte bearbeiten – Gewalt vermeiden“. Info-Broschüre über den Zivilen Friedensdienst mit pbi. Hrsg.: pbi – Deutscher Zweig e.V., Februar 2007, 36 Seiten, kostenlos.

„10 years without war... waiting for peace: The State of Compliance with the Peace Accord on Strengthening Civilian Power and the Role of the Armed Forces in a Democratic Society“. Hrsg. pbi-Guatemala-Projekt, 2007, 56 Seiten. Englische und spanische Fassung, kostenlos.

„Metal Mining and Human Rights in Guatemala – The Marlin Mine in San Marcos“. Vincent Castagnino (Hrsg.: pbi), 2006, 38 Seiten. Englische und spanische Fassung, kostenlos.

Mexikos zivile Organisationen

Vom Militär bedroht, von der Staatsanwaltschaft kriminalisiert

Am 10. Februar 2008 wurde Lorenzo Fernández Ortega tot aufgefunden. Viele Anzeichen weisen darauf hin, dass er gefoltert wurde. Lorenzo war Mitglied der OPIM, einer Organisation des indigenen Volkes der Me'Phaa. In den Tagen zuvor gingen im Büro anonyme Drohungen ein und bewaffnete Männer erkundigten sich bei einem Kollegen nach ihm.

Warum sind die Mitglieder einer basisorientierten indigenen Organisation, die in einer abgelegenen Gegend Guerreros arbeiten, so gefährlich? Und für wen?

Als Mitglied der OPIM half Lorenzo Fernández bei der Aufklärung eines Falles in dem Dorf El Camalote. Dort wurden zwischen 1998 und 2002 14 indigene Männer vom Gesundheitsministerium des Bundesstaates Guerrero zwangssterilisiert.

Zudem war Lorenzo der Bruder von Inés Fernández Ortega. Sie hat zusammen mit Valentina Rosendo Cantú vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) eine Vergewaltigung durch Mitglieder der mexikanischen Armee im Jahr 2002 angezeigt. Im Juli 2007 wurde bereits der Ehemann von Inés Fernández in seinem Dorf zusammengeschlagen und bedroht. Das war einige Wochen bevor die zwei Frauen nach Washington D.C. gefahren sind, um vor der CIDH auszusagen. Obtilia Eugenio Manuel, Vorsitzende der OPIM, begleitete sie dabei.

Lorenzo Fernández bezahlte sein Engagement mit dem Leben. Das bestätigt Vermutungen, dass die Regierung Emanzipationsbestrebungen und autonome Organisationsformen der indigenen Bevölkerung Mexikos massiv unterdrückt.

Kriminalisierung von MenschenrechtsverteidigerInnen

Dabei sind Drohungen und Übergriffe bis hin zu Tötungen nicht das einzige Mittel, um die Arbeit von vermeintlichen „Gegnern“ der Regierung zu verhindern. Oft werden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Menschenrechtsorganisationen, die auf Rechtsverstöße hinweisen und Menschenrechtsverletzungen öffentlich anklagen, kriminalisiert und augenscheinlich legal festgenommen. Dabei ist die Beweislage dürftig. Zeugenaussagen sind oftmals manipuliert, die Strafprozessordnung und die Unschuldsvermutung werden nicht eingehalten. „Das einzige Verbrechen, das wir begehen, ist, uns zu organisieren“, erklärt Obtilia Eugenio und fügt hinzu „Angst verbreiten ist ihre Taktik.“

So im Fall der OPIM. Am 11. April wurden 15 Haftbefehle gegen deren Mitglieder ausgestellt, vier Tage später fünf Mitarbeiter festgenommen. Ihnen wird die Beteiligung am Mord von Alejandro Feliciano García vorgeworfen, dessen Leiche man am 4. Januar fand. Trotz grober Unregelmäßigkeiten

im Rahmen der Ermittlungen und bis zuletzt existierenden Unklarheiten wurden die Haftbefehle von der Staatsanwaltschaft in Guerrero pauschal gegen die OPIM ausgestellt. Das örtliche Menschenrechtszentrum Tlachinollan bezeichnet den Prozess als „ungerecht und illegal“. Die Haftbefehle der fünf Festgenommenen wurden am 23. April in erster Instanz bestätigt und dies, obwohl man ihnen das Recht zur schriftlichen Aussage verweigerte.

Die Handlungsspielräume für Menschenrechtsorganisationen in den abgelegenen Regionen der südlichen Bundesstaaten Mexikos werden durch die Kriminalisierung ihrer Aktivitäten zunehmend enger. Hinzu kommt eine deutlich stärkere Militärpräsenz in diesen Regionen. Begründet wird dies mit dem Kampf gegen die zunehmende Macht mexikanischer Drogenkartelle, die das Land seit 2006 mit einer Welle der Gewalt überziehen. Dies hat sowohl Teile der Bevölkerung als auch die internationale Öffentlichkeit in dem Glauben bestärkt, dass einzig das Militär dazu fähig sei, diese Gewalt zu stoppen. Bis heute nimmt die Gewalt jedoch nicht ab. Der Staat versucht Organisationen, die sich für Gerechtigkeit sowie die Anerkennung ihrer Rechte einsetzen, „mit den bewaffneten Gruppen in Verbindung zu bringen“, so Tita Radilla, Vizepräsidentin der Vereinigung der Angehörigen von Verhafteten, Verschwundenen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko (AFADEM). Statt auf die Beschwerden der indigenen Gemeinden einzugehen, nähmen Militär und Regierung sie als größten Feind wahr – so José Manuel Olivares Hernández, Direktor des Regionalen Menschenrechtszentrums in Chilapa, Guerrero. -- **pbi**
Alexander Blessing / Claire Hill

pbi begleitet in Guerrero sowohl OPIM als auch AFADEM. Weitere Informationen zur Arbeit von pbi erhalten Sie in unserer aktuellen Broschüre: „Menschenrechtsverteidiger im Bundesstaat Guerrero – Widerstand und Initiativen der mexikanischen Zivilgesellschaft zur Verteidigung und Förderung der Grundrechte“ (s. Bücherecke S. 12).



Das Militär setzt auf Einschüchterung: Indigene Gemeinden in Guerrero in der Defensive



Liliana Uribe im Gespräch in Hamburg. Trotz ernster Drohungen läßt sie sich nicht einschüchtern.

„Wir prangern diese Verbrechen immer und immer wieder an“

Liliana Uribe über außergesetzliche Hinrichtungen und die öffentliche Meinung in Kolumbien

Seit vielen Jahren begleitet pbi Mitglieder des Anwaltskollektivs Corporación Jurídica Libertad aus Medellín, so auch die Menschenrechtsanwältin Liliana Uribe. Uribe hat wesentlich an der Dokumentation von Fällen außergesetzlicher Hinrichtungen in ganz Kolumbien gearbeitet und die entsprechenden Berichte vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission in Washington vorgetragen. Im April diesen Jahres war sie in vier deutschen Städten, um über die besorgniserregende Zunahme dieser Morde in Kolumbien zu berichten. In Köln sprach TERESA HUHLE mit ihr.

pbi-Rundbrief: Außergesetzliche Hinrichtungen – was ist darunter zu verstehen?

Liliana Uribe: Das sind Morde, die von staatlichen Agenten verübt werden oder von Leuten, die das mit der Hilfe und dem Mitwissen des Staats tun. Sie werden willkürlich begangen und sind niemals ein Einzelfall. Es gibt auch keine „legalen“ Hinrichtungen. Kolumbien kennt keine Todesstrafe. Aber es gibt einen bewaffneten Konflikt, und in den Kampfhandlungen gibt es Tote. Was wir anprangern, ist, dass auch Personen umgebracht werden, die an diesen Kampfhandlungen nicht beteiligt sind. Man verhaftet sie an ihrem Arbeitsplatz oder in ihrer Wohnung, vor den Augen ihrer Familie, ihrer Freunde, ihrer Kinder. Häufig werden sie gefoltert. Und dann tötet man sie, um sie als besiegte Feinde zu präsentieren.

Können Sie von einem konkreten Fall berichten?

Es gibt z.B. den Fall von Martia Graciela, einer schwangeren Frau. Sie wurde aus ihrem Bauernhaus im Osten Antioquias vom Militär verschleppt und vorher vor den Augen ihrer Familie misshandelt. Dabei hatte die Familie den Militärs immer wieder beteuert, sie sei keine Guerillera. Sie wurde trotzdem mitgenommen, dann ermordet und fernab ihres Dorfes verscharrt. Ihre Familie suchte sie überall und bat auch unser Anwaltskollektiv um Hilfe. Bei unseren Ermittlungen haben wir herausge-

funden, dass ein Soldat, der Zeuge dieses Vorfalls war, seinen Angehörigen davon erzählte. Was er gesehen hatte, ließ ihn nicht los. Nach den Aussagen seiner Angehörigen hatte er vor, den Fall anzuzeigen. Doch bevor er die Anzeige einreichen konnte, „verschwand“ er. Seine Angehörigen wissen nichts von seinem Verbleib. Das ist nur ein Fall von vielen dieser Art.

Ist es für Sie nicht gefährlich, in Fällen von außergesetzlichen Hinrichtungen zu ermitteln?

Wir waren eine der ersten Organisationen, die in Kolumbien die außergesetzlichen Hinrichtungen angeprangert hat. Wir prangern diese Verbrechen immer und immer wieder an. Das Militär steht uns sehr feindlich gegenüber. Letztes Jahr wurde unser Kollektiv verschiedentlich bedroht, wir werden auf der Straße verfolgt, unsere Telefongespräche werden abgehört. Natürlich soll uns das alles einschüchtern.

Im Februar und März fanden in Kolumbien große Demonstrationen statt, erst gegen die Entführungen und die FARC, dann aber auch gegen die staatliche Gewalt. Wie beurteilen Sie diese Demonstrationen gegen die Regierung?

Mich haben die Demonstrationen vom 6. März überrascht. Denn die öffentliche Meinung in Kolumbien ist immer auf der Seite der Regierung. Die Menschen vertrauen darauf, dass es möglich ist, die Guerilla zu besiegen, und dass dann alle Probleme gelöst sind. Alle Probleme, die wirtschaftlichen, die politischen und sozialen Probleme, werden auf die Guerilla zurückgeführt. Ein ganz wichtiges Problem wird aber übersehen: Die starke paramilitärische Durchdringung der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft. Der vermeintlich einzig sichtbare Feind ist die Guerilla. Vor diesem Hintergrund erscheinen mir die Demonstrationen vom 6. März sehr wichtig. Sie machen deutlich, dass ein großer Teil der kolumbianischen Öffentlichkeit eine politische Lösung des Konflikts möchte. Dass er Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung möchte.

Personalia

Indonesien



Johanna Wolf, 27, wird ab Sommer 2008 im Indonesienprojekt tätig sein. Sie hat Soziologie, Politik- und Kulturwissenschaften mit den Schwerpunkten Entwicklungspolitik und Menschenrechte in Bonn und Münster studiert. Johanna war seit mehreren Jahren bei amnesty international und seit Oktober 2006 in der pbi-Regionalgruppe Köln/Bonn aktiv.

Mexiko



Maik Müller, 30, ist seit Februar in Mexiko, um dort das Team in Chilpancingo zu unterstützen. Nach seinem Studium der Regionalwissenschaften Lateinamerika in Köln und Sevilla war er in einer Kölner Werbeagentur tätig und Mitglied in der Regionalgruppe Köln-Bonn.



Heike Böttcher hat in Leipzig Pädagogik studiert und war 2005 Intern Outreach Officer im pbi-Länderbüro Kanada. Seit Januar 2008 ist sie Mitglied der Regionalgruppe Berlin und ist Anfang Mai nach Mexiko ausgereist. Sie hat gerade die orientación beendet und ist jetzt Teil des Teams in Chilpancingo.

Guatemala



Silvia Weber, 29, war einige Jahre in der Guatemala-AG und der Regionalgruppe Leipzig aktiv. Außerdem engagierte sie sich im Eine-Welt-Verein Leipzig. Nach ihrem Abitur hat sie zwei Jahre als Polizistin gearbeitet. Danach hat sie in Leipzig Politikwissenschaften studiert und im Frühjahr diesen Jahres ihren Abschluss gemacht. Im Rahmen ihrer Examsarbeit hat sie die Vorgänge während des Wahlkampfs in Guatemala beobachtet und ausgewertet. Im Mai 2008 ist sie ins Guatemala-Projekt ausgereist.

Kolumbien



Teresa Labrador López de Azcona, 35, kommt aus Madrid. Sie ist Sozialpädagogin und hat einen Masterstudiengang für nachhaltige Entwicklung und humanitäre Hilfe absolviert. Sie hat in mehreren sozialen Projekten in Kolumbien und Spanien gearbeitet. Nach ihrem Studienabschluss hat sie internationale Schutzbegleitung für Justicia Y Paz in Kolumbien geleistet. Die nächsten zwei Jahre wird sie im Rahmen des ZFD im Kolumbienprojekt mitarbeiten.



Marie Becher studierte in Berlin Islamwissenschaft, Politikwissenschaft und VWL und hat ehrenamtlich bei pbi Deutschland und Spanien mitgearbeitet. Für pbi Spanien hat sie Material zur Menschenrechtsbildung an Schulen über die interne Vertreibung in Kolumbien erarbeitet. Marie ist im Mai 2008 als Freiwillige in das Kolumbienprojekt ausgereist und im Team Urabá tätig.



Moritz Hartnagel ist 30 Jahre alt und hat im Februar 2008 das Studium der Ethnologie an der Universität Hamburg beendet. Vor seiner Ausreise am 6. März 2008 hat er ehrenamtlich in der pbi-Regionalgruppe Hamburg mitgearbeitet. Bis Februar 2009 wird er im Kolumbienprojekt in Medellín, Antioquia arbeiten.

Deutschland



Frauke Ricking, 29, hat Sozialpädagogik in Nijmegen / Holland studiert und danach einen Masterstudiengang in Intercultural Work and Conflict Management absolviert. Nach mehreren Auslandspraktika in der Menschenrechtsarbeit war sie 2006 bis 2007 Freiwillige im Nepalprojekt. Seit ihrer Rückkehr ist sie Projektreferentin bei pbi. Sie arbeitet für das Projektkomitee des Nepalprojekts und unterstützt die Lobbyarbeit des Nepalprojekts in Deutschland.



Sarah Fritsch ist 36 Jahre alt und Ethnologin. Sie hat bereits bei der Gesellschaft für bedrohte Völker, Kolko und terre des femmes mitgearbeitet. 2005 kam sie zu pbi, zunächst als Mitglied der Regionalgruppe Berlin, dann als Freiwillige im Kolumbien-Projekt. Seit Mai 2008 hat sie eine RückkehrerInnenstelle als Projektreferentin.



Claire Hill arbeitet seit März als Praktikantin in der Hamburger Geschäftsstelle von pbi. Sie ist 21 Jahre alt und kommt aus Bristol in Südwest-England. Zur Zeit macht sie ein Auslandsjahr. Bis Ende August bleibt sie bei pbi, dann kehrt sie für das letzte Jahr ihres Deutsch- und Geschichtsstudiums nach England zurück.



Doris Erdmann, 33, hat in Freiburg Germanistik, Musik und Pädagogik studiert. Danach arbeitete sie als Koordinatorin für Jugend-Umweltprojekte und als Lehrerin. Sie ist seit längerem in der Guatemala-AG und in der Regionalgruppe Hamburg aktiv und arbeitet seit Februar 2008 in der Hamburger Geschäftsstelle im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Projektbegleitung.

PBI-KONTAKTE

Berlin: Katharina Meier, Tel.: 030 - 81 70 64 53
regionalgruppe-berlin@pbi-deutschland.de

Frankfurt: Nicole Nienaber, Tel.: 0611 - 137 67 59
regionalgruppe-rheinmain@pbi-deutschland.de

Hamburg: Dr. Heinke Wendt, Tel./Fax: 040 - 87 11 39
Christel Köhler, regionalgruppe-hamburg@pbi-deutschland.de

Köln: Tanja Osterhoff, Tel.: 0221 - 297 30 73
regionalgruppe-koeln@pbi-deutschland.de

Leipzig: Susan Anger, Tel.: 0341 - 337 59 06
regionalgruppe-leipzig@pbi-deutschland.de

Stuttgart: Bernhard Hametner, Tel.: 07022 - 24 14 36
eigensinn_macht_spass@yahoo.de

Guatemala-Projekt: Anna Biallas, guatemala@pbi-deutschland.de

Indonesien-Projekt: Hans-Ulrich Krause, indonesien@pbi-deutschland.de

Kolumbien-Projekt: Sascha Rusicke, Tel.: 030 - 23 27 38 24
kolumbien@pbi-deutschland.de

Mexiko-Projekt: Heike Kammer, Tel.: 0178 - 730 53 97
mexiko@pbi-deutschland.de

Nepal-Projekt: Karin Kelz, Tel.: 040 - 28 78 15 72
nepal@pbi-deutschland.de

LÄNDERBÜROS

pbi-Deutscher Zweig e.V., Bahrenfelder Strasse 79, D-22765 Hamburg
Tel.: +49 - 40 - 380 69 03, Fax: +49 - 40 - 386 94 17
E-Mail: info@pbi-deutschland.de, Internet: www.pbi-deutschland.de
Sparkasse Neuwied, Kto-Nr.: 200105; BLZ: 574 501 20

pbi Österreich

Christine Hirtl, Kurzegasse 15, A-8020 Graz
Tel.: +43 - 662 - 62 49 38, E-Mail: chirtl@gmx.at

Markus Riegelhofer

Bank Austria - Creditanstalt Lautendauf, Kto-Nr.: 10892613000; BLZ: 12000

**ANPRECHPARTNER/IN
IN DER GESCHÄFTSSTELLE**

Koordination & Advocacy: Astrid Hake

Unterstützung der Koordination: Johanna Stöppler

Freiwilligenbeauftragte: Cathrin Schmock

Schulprojekt & Theaterpädagogik: Paola Rosini, Heike Kammer

Öffentlichkeitsarbeit & Projektbegleitung:

Adam Muminovic, Sabine Günther, Doris Erdmann

Buchhaltung & Verwaltung: Birgit Beisel, Michaela Landsmann

RückkehrerIn & Kolumbien: Katharina Meier, Frauke Ricking, Sarah Fritsch

FÖRDERER DIESER AUSGABE

**TERMINE****Informationsseminare**

05.-07.09.08: Bonn

November 2008: Fällt aus!

Veranstaltungen

27.09.08: Benefizkonzert Melanchthonkirche
Hamburg-Othmarschen

27.09.08: 40-jähriges Jubiläum AGDF in Berlin

20.-25.10.08: Vortragsreise von OASIS aus Guatemala

Treffen

04.08.08: Treffen der AG Freiwilligenbegleitung

30.-31.08.08: Treffen der Guatemala-AG in Hamburg

24.-25.10.08: Finanzkomitee-Treffen

07.-09.11.08: Bundestreffen in Felsberg-Gensungen

15.-21.11.08: Internationale pbi-Generalversammlung
in Hamburg

Weiterbildungsseminare

03.08.08: Puppentheater-Workshop in Hamburg

September 2008: Gendertraining

PROJEKTSPEZIFISCHE TRAININGS**Kolumbien-Projekt**

28.09.-05.10.08: Spanien (Valladolid);
Bewerbungsfrist: 18.05.08

Februar 2009: Spanien (Valladolid);
Bewerbungsfrist: 14.09.08

Indonesien-Projekt

01.-12.11.08: Portugal;
Bewerbungsfrist: Mitte September

Mexiko-Projekt

14.09. - 21.09.08: Portugal;
Bewerbungsfrist: 15.07.08

Guatemala-Projekt

05.-12.10.08: Europa;
Bewerbungsfrist: Mitte Juli

Nepal-Projekt

Februar 2009

Übrigens: Spenden an pbi sind steuerlich absetzbar!
Sparkasse Neuwied, BLZ 574 501 20, Konto-Nr. 200-105

IBAN: DE 76 5745 0120 0000 2001 05 BIC-Code: MALADE 51 NWD

Der Rundbrief erscheint vier Mal jährlich und ist kostenlos beziehbar.